

Sparpläne in der Landesverwaltung: Rund hundert Stellen sollen gestrichen werden!

Die Landesregierung plant bis 2025 Einsparungen von 50 Millionen Euro. Rund 100 Stellen sollen wegfallen, um die Schulden zu reduzieren.



Vorarlberg, Österreich - Im Kampf gegen die drohende Haushaltskrise setzt die Vorarlberger Landesregierung drastische Maßnahmen in Gang. Wie **vol.at** berichtet, sollen bis Ende der Legislaturperiode rund hundert Stellen in der Landesverwaltung gestrichen werden, um die angespannten Finanzen zu entlasten. Ein internes Dokument, das die SPÖ vor kurzem veröffentlichte, weist darauf hin, dass durch einen Nachbesetzungsstopp Einsparungen von rund 50 Millionen Euro bis 2025 erzielt werden sollen. Diese rigorosen Sparmaßnahmen, die alle verwaltungsrelevanten Bereiche betreffen, sind Teil eines umfassenden Konsolidierungsplans,

der eine Netto-Nullverschuldung bis zum Ende der Periode zum Ziel hat.

Der Schuldenstand des Landes wird gemäß dem Landesbudget 2025 voraussichtlich auf 650 Millionen Euro ansteigen, vor allem wegen der finanziellen Belastungen durch die Pandemie und hohe Gehaltsabschlüsse. Die Landesregierung, unter der Leitung von Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP), hat bereits eine Arbeitsgruppe zur Überwachung der Einsparungen eingesetzt. Die SPÖ kritisiert derweil die Unklarheit über konkrete Auswirkungen und warnte vor einer Überlastung der verbleibenden Mitarbeiter durch personelle Reduktionen.

Spannungen in den Koalitionsverhandlungen

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ursache	Pandemie, Krisen, hohe Lohnabschlüsse, geringere Ertragsanteile
Ort	Vorarlberg, Österreich
Quellen	• www.vol.at • www.heute.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at